

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/1217

Staatssekretär

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

über das:
Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

gesehen
und weitergeleitet
Kiel, den 01.08.2018



25. Juli 2018

Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein an der Entwicklung eines ELAN-REF-Moduls „E-Justice und Referendariat“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

das Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (MJEVG) beabsichtigt, sich an der vom Land Baden-Württemberg geplanten Entwicklung des Moduls „E-Justice- und Referendariat“ zu beteiligen.

Das Land Baden-Württemberg hat in Kooperation mit der österreichischen Rechenzentrum GmbH in Wien das E-Learningprogramm ELAN-REF für Rechtsreferendarinnen und -referendare erstellt. Dabei handelt es sich um eine praxisorientierte und moderne

Lernsoftware, die den Einstieg in die praktische Arbeit bei Gericht und Staatsanwaltschaft für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare erleichtern und der Vorbereitung auf die Unterrichtseinheiten dienen soll (siehe Landtags-Umdruck 18/3521). Schleswig-Holstein ist „ELAN-REF-Verbundland“ bislang für die Module „Zivilmodul“ und „Strafmodul“ und zu diesem Zweck im Jahr 2015 der „Vereinbarung über den länderübergreifenden Einsatz von E-Learning im juristischen Vorbereitungsdienst“ zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Ländern Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Thüringen aus dem Jahr 2013 beigetreten. Nach der Kostenregelung gemäß dem 3. Teil der Vereinbarung werden die „gemeinsamen Verbundkosten“ (für die Errichtung des Servers, die Betriebs- und Wartungskosten und etwaige vom Lenkungsausschuss beschlossene inhaltliche Weiterentwicklungen) nach dem relativen Königsteiner Schlüssel geteilt. Im Übrigen tragen die Verbundländer die „länderspezifischen Kosten“ (für den Lizenzerwerb und die anfallenden Einmalkosten, z.B. für die Landeshomepage, sowie die Umsetzung länderspezifischer Anpassungen und die Wartung länderspezifischer Programmteile) selbst.

Das Modul „E-Justice- und Referendariat“ soll als weiteres ELAN-REF-Modul konzipiert, von einer kleinen Autorengruppe entwickelt und von der Bundesrechenzentrum GmbH in Wien technisch umgesetzt werden. Die Projektleitung soll das EDV-Referat des Ministeriums der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg übernehmen. Dort werden die Entwicklungskosten, die anhand des relativen Königsteiner Schlüssels unter den beteiligten Verbundländern verteilt werden, auf maximal 50.000,00 € geschätzt. Der Anteil Schleswig-Holsteins an den Entwicklungskosten würde demnach etwa 3.000,00 € betragen. Das Projekt soll im Jahr 2019 fertiggestellt werden. Die zusätzlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2019 sind im Einzelplan 14 vorzusehen.

Die für die Referendarausbildung zuständige Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts hat mit Schreiben vom 4. Juli 2018 „dringend“ angeregt, sich an dem neuen Modul zu beteiligen, weil der elektronische Rechtsverkehr in die Ausbildung der Referendarinnen und Referendare integriert werden müsse.

Das zentrale IT-Management SH hat am 18. Juli 2018 der Finanzierung des schleswig-holsteinischen Entwicklungskostenanteils des neuen Moduls zugestimmt.

Das MJEVG hat daraufhin gegenüber dem Land Baden-Württemberg erklärt, dass sich Schleswig-Holstein gern an der Entwicklung des neuen ELAN-REF-Moduls „E-Justice und Referendariat“ beteiligen möchte, wegen der Haushaltsrelevanz aber eine verbindliche Erklärung erst nach der Befassung des Finanzausschusses abgeben könne.

Die Länder Saarland und Sachsen haben bereits verbindlich mitgeteilt, dass sie sich an der Entwicklung des neuen ELAN-REF-Moduls beteiligen möchten.

Mit freundlichen Grüßen

gezeichnet

Wilfried Hoops
